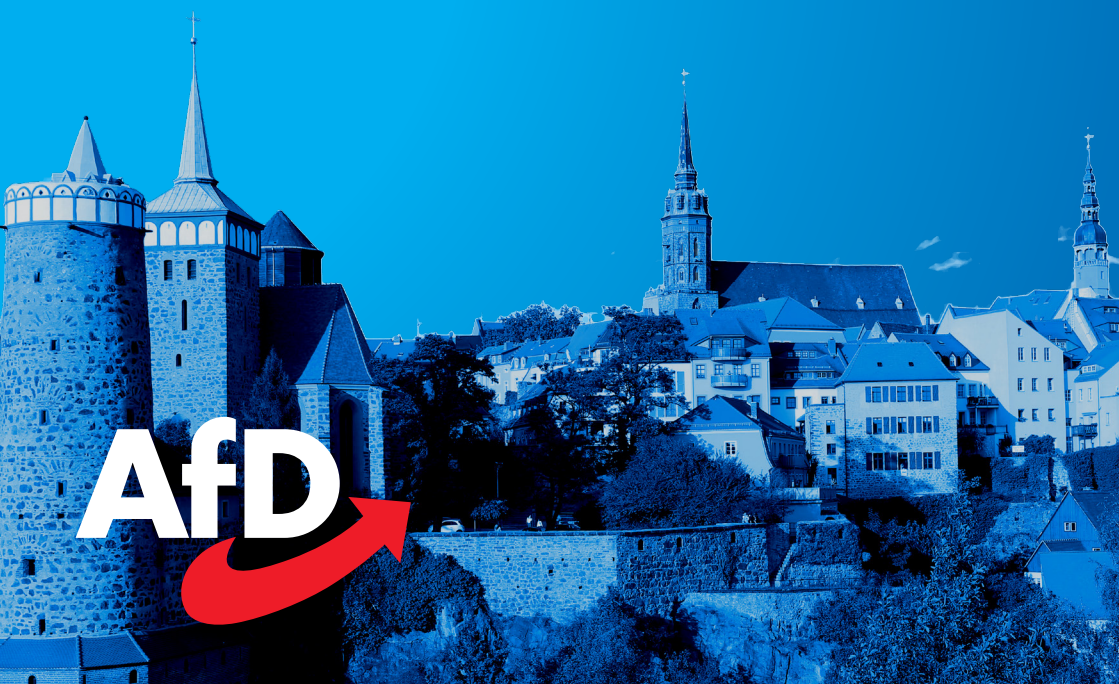


9.
JUNI

UNSER PLAN FÜR DEN LANDKREIS BAUTZEN

**UNSER PROGRAMM FÜR DIE
KOMMUNALWAHLEN**

AfD



UNSERE KANDIDATEN FÜR D

gewählt durch die Mitglieder des AfD-Kreisverbandes Bautzen auf

WAHLKREIS 1

Großharthau; Frankenthal; Rammenau; Bischofswerda, Burkau, Demitz-Thumitz, Göda, Schmölln-Putzkau

1	Claus Kleinert
2	Carlo Kleinert
3	Torsten Müller
4	Marcus Michel

WAHLKREIS 2

Schirgiswalde-Kirschau, Neukirch/Lausitz, Steinigtwolmsdorf, Sohland a. d. Spree, Wilthen, Großpostwitz/OL., Obergurig, Cunewalde

1	Stefan Lehmann
2	Rosmarie Hummel
3	Oliver Jordan
4	Uwe Flack
5	Thomas Wilhelm
6	Gundolf Göbel
7	Jürgen Schulz
8	Hagen Spitzbarth

WAHLKREIS 3

Doberschau-Gaußig, Bautzen (West)

1	Alexander Zapke
2	Oliver Helbing
3	Lennard Scharpe
4	Roberto Heilmann
5	Bernd Pöthe
6	Udo Pillasch
7	Maik Baier
8	Sieghard Kluge

WAHLKREIS 4

Malschwitz, Weißenberg, Kubschütz, Hochkirch, Bautzen (Ost)

1	Steffen Lehmann
2	Paul Neumann
3	Torsten Mittasch
4	Franz Kemnitz
5	Mirko Zimniok
6	Frank Peschel

DEN KREISTAG

der Aufstellungsversammlung am 27.01.2024 in Göda

WAHLKREIS 5

Großdubrau, Radibor, Neschwitz, Puschwitz, Königswartha, Lohsa, Spreetal, Elsterheide

1	Karsten Hilde
2	Jörg Jevlasch
3	Nicole Scharpe
4	Hardy Gawor
5	Hans-Jürgen Wald
6	Fabian Zoch

WAHLKREIS 6

Hoyerswerda

1	Doreen Schwietzer
2	Michael Ratzing
3	René Warlich
4	Ronny Szepanski
5	Angelika Ratzing
6	Erik Hoffmann

WAHLKREIS 7

Kamenz, Elstra, Haselbachtal, Crostwitz, Nebelschütz, Panschwitz-Kuckau, Räckelwitz, Ralbitz-Rosenthal

1	Cordula Gneuß
2	Ralf-Peter Hechtberger
3	Stefan Reimann
4	Jan Mutschink
5	Daniel Munz

WAHLKREIS 8

Großröhrsdorf, Pulsnitz, Großnaundorf, Lichtenberg, Steina, Ohorn, Arnsdorf

1	Heike Lotze
2	Stephan Wiesner
3	Martin Fischer
4	Mirko Senf
5	Uwe Mann
6	Mike Herrmann

**Weiter auf
der nächsten
Seite**

WAHLKREIS 9

Bernsdorf, Lauta, Oßling, Schwepnitz, Wittichenau, Königsbrück, Laußnitz, Neukirch

1	Timo Schreyer
2	Dr. Dieter Neuendorf
3	Johannes Nitzsche
4	Dieter Dubau
5	Jens-Uwe Bohne

WAHLKREIS 10

Radeberg, Wachau, Ottendorf-Okrilla

1	Knut Richter
2	Meinhard Schulze
3	Uwe Kranz
4	Sven Simon
5	Justin Proskura

INHALTSVERZEICHNIS

I. Familie und Bildung	6
II. Bauen und Wohnen	8
III. Ordnung und Sicherheit	10
IV. Haushalt und Finanzen	11
V. Wirtschaft und Strukturwandel	12
VI. Kultur und Vereine	13
VII. Gesundheitspolitik	15
VIII. Natur- und Umweltschutz	18

VORWORT

Der Landkreis Bautzen ist unsere Heimat. Seit vielen Generationen haben unsere Vorfahren mit Fleiß, Ideen und wirtschaftlichem Tatendrang unsere Heimatregion gestaltet.

Wir können stolz sein auf uns, unsere Kultur, unsere schönen Landschaften, unsere sportlichen und wirtschaftlichen Erfolge. Wir sind bereit, für den Erhalt unserer Heimat zu kämpfen.

Mit einer CDU-geführten, links-grünen Umgestaltung des gesamten Landes wollen die Altparteien all das vernichten. Unsere Wälder, Felder und Berge sollen für Windräder geopfert werden. Unternehmen und Vereine, die unsere Region über Jahrzehnte prägten, sterben aus. Überall machen sich die Folgen der Massmigration nach Deutschland drastisch bemerkbar. Statt Kinder auf das Leben vorzubereiten, werden sie zur Zielscheibe politischer Propaganda.

Diesen Trend wollen wir umkehren.

Während die Altparteien ihre hörigen Erfüllungsgehilfen in die kommunalen Gremien entsenden, tun wir alles dafür, Schaden von den Bürgern abzuwenden und das volle Potential unserer Region zu entfalten.

Die AfD steht für sichere, saubere, schöne Städte und Gemeinden ohne Windräder nebenan. Wir wollen die Belastung von Bürgern, Unternehmen, Polizei, Justiz und Kommunalverwaltungen senken. Statt für ausufernde Massenzuwanderung sind alle finanziellen Ressourcen für Infrastrukturprojekte, Bildungsangebote, Kultur- und Freizeitangebote für unsere Bürger zu verwenden. Wir sind die Alternative!

I. FAMILIE UND BILDUNG – INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Für die Alternative für Deutschland sind eine kinder- und familienfreundliche Politik, die Förderung der Vereinbarkeit von Kindererziehung, sozialem Leben und Beruf sowie die stärkere Förderung von Familien mit Kindern von entscheidender Bedeutung. Wir fordern eine Willkommenskultur für unsere Kinder in allen Bereichen.

Mut zur Familie!

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie ist der Ort, wo die wesentlichen Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gelegt werden. Ohne starke Familien gibt es keine gute Zukunft für unser Land.

Unseren Familien mit Kindern wollen wir den Besuch öffentlicher Freizeiteinrichtungen finanziell erleichtern. Für werdende Mütter soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, die über die bestehenden Betreuungs- und Hilfsangebote informiert, auch um ungeborenes Leben zu schützen.

Für den Schutz von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche müssen konsequent vor Verwahrlosung und Missbrauch geschützt werden. Das Jugendamt ist so auszustatten, dass es seine Aufgaben zum Schutz junger Menschen erfüllen kann. Wir wenden uns gegen jede Form politischer Indoktrination in der Kinder- und Jugendarbeit.

Die AfD setzt sich für die strikte Einhaltung des Jugendschutzes ein und unterstützt Präventionsmaßnahmen gegen Drogenmissbrauch, Jugendgewalt und sexuellen Missbrauch. Wir fordern ein konsequentes Vorgehen gegen Mobbing, insbesondere auch in den sozialen Medien.

Keine Kinder auf Regenbogenparaden

Im Juli 2023 fand in Bautzen erstmals eine „Christopher Street Day“-Parade statt, die nicht nur der Sichtbarkeit von sexuellen Minderheiten dienen sollte, sondern bei der auch Kinder im Grundschulalter teilnahmen.

Nach Jugendschutz- und Versammlungsgesetz liegt es in der Verantwortung des Landkreises, die Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen bei einer öffentlichen Veranstaltung zur unterbinden, wenn eine Gefährdung

für das körperliche, geistige und/oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen ausgeht. Die AfD tritt dafür ein, dass der Landkreis dieser Verantwortung in Zukunft nachkommt.

Schule muss politisch neutral bleiben. Genderideologie hat dort nichts verloren.

Die Genderideologie ist im höchsten Maße kinder- und familienfeindlich und wird deshalb von der AfD grundsätzlich abgelehnt. Die widernatürliche Politik-Agenda von „Gender Mainstreaming“ als linke ideologische Kindermanipulation darf sich nicht in unseren Kitas und Schulen ausbreiten. Der grundgesetzlich garantierte Schutz der Familie muss erhalten bleiben.

Mehr Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche verbringen zunehmend ihre Zeit mit Onlinespielen und sind häufiger, als ihnen guttut, im Internet unterwegs. Die körperliche Gesundheit unserer Jugend, ihre Kommunikationsfähigkeiten und soziale Kompetenz nehmen nach statistischen Untersuchungen stetig ab. Dem wollen wir unter anderem durch mehr Angebote zur „Offline“- Freizeitgestaltung begegnen.

Wir fordern den Erhalt und Neubau öffentlicher Spielplätze und setzen uns für die Wiedereröffnung von Jugendfreizeiteinrichtungen ein.

Die Kinder- und Jugendarbeit von Sportvereinen wollen wir stärker fördern. Unsere Naherholungsgebiete sowie vereinsunabhängige Freizeit- und Sportanlagen müssen ausgebaut und gepflegt werden.

Die Errichtung öffentlicher Fitnessplätze ist wichtig, damit Kinder und Jugendliche gemeinsam ihre Hobbys ausleben, zusammenwachsen und gleichzeitig ihre Gesundheit fördern können.

Die Errichtung muss sowohl in Dörfern als auch in Städten stattfinden und sollte durch den Landkreis gefördert werden.

Gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche

Nicht nur im familiären Bereich, sondern auch in Schulen und Kitas ist Wert auf eine gesunde Ernährung zu legen. Qualitativ hochwertiges Essen und ausreichend körperliche Bewegung sind der Grundstein für eine gesunde Lebensführung. Frische Lebensmittel, vorrangig aus regionaler Produktion, sind unabdingbar. Wir setzen uns für ein bezahlbares und qualitativ hochwertiges Schulessen für alle Kinder und Jugendlichen ein.

II. BAUEN UND WOHNEN - HISTORISCHES ERHALTEN UND NEUES ENTWICKELN

Sowohl die schönen Gebirgs-, Heide- und Teichlandschaften als auch die historischen Gebäude in Stadt und Land machen unseren Landkreis attraktiv. Was unsere Vorfahren und die jetzigen Generationen erschaffen haben, gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die vorhandene Bausubstanz ist zu sanieren und zu modernisieren. Durch Stadtumbau sind die Voraussetzungen zur Etablierung neuer Wohnformen für heutige Bedürfnisse zu schaffen. Wir wollen den Charakter unserer gewachsenen Ortsteile und grünen Wohnsiedlungen bewahren.

In Orten mit einer wachsenden Nachfrage nach Wohnungen kann dem nur durch ein größeres Angebot an Wohnungen begegnet werden. Dieser Notwendigkeit steht jedoch die Politik der Bundesregierung in mehreren Bereichen entgegen.

Der Wirtschaftsminister macht mit neuen und immer komplizierteren Klimavorschriften das Bauen teurer. Der Finanzminister stellt die erforderlichen Mittel für notwendige Maßnahmen nicht zur Verfügung. Der Justizminister will das Mietrecht verschärfen, ein negatives Signal für den Bau neuer Mietshäuser. Der Arbeitsminister will trotz Wohnungsknappheit Arbeitskräfte aus dem Ausland gewinnen.

Steigende Baukosten sind auch ein Resultat der Politik der Bundesregierung gegenüber Russland als wichtigstem Energielieferanten.

Die rückläufige Zahl an Baugenehmigungen ist ein Indikator für die Gesamtheit der Probleme. Die Zahl an bürokratischen Vorschriften und Baustandards muss auf ein verhältnismäßiges Maß zurückgeschraubt werden.

Das von der Ampelregierung auf den Weg gebrachte Heizungsgesetz ist ein Schlag gegen die finanzielle Freiheit unserer Bürger und wird von der AfD strikt abgelehnt. Sowohl für Wohneigentümer als auch Mieter ist die massive Erhöhung der finanziellen Belastung zunehmend spürbar.

Die AfD fordert eine Kurskorrektur auf allen Ebenen, eben auch im kommunalen Bereich. Menschen aller Einkommensschichten und jeden Alters müssen sich auch zukünftig in ihrer angestammten Heimat zu Hause fühlen können. Eine weitere Aufnahme von illegalen Migranten lehnt die AfD auch in Anbetracht der bestehenden Schwierigkeiten bei der Versorgung

mit Wohnraum strikt ab.

Wir fordern, Wohnraum denen zur Verfügung zu stellen, die unseren Wohlstand schaffen bzw. geschaffen haben. Die begrenzten vorhandenen Mittel müssen deshalb zweckorientiert und nicht für ideologiebasierte Projekte Verwendung finden.

Neben den Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums zur Miete, sollen mehr Menschen als bisher die Möglichkeit zum Erwerb von Wohneigentum erhalten.

Gerade in Hinblick auf die sich abzeichnenden Probleme der gesetzlichen Rente ist eine Erhöhung der Eigentumsquote wichtig. Wohneigentum ist der beste Schutz vor Altersarmut. Die zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen sind besonders für Familien mit Kindern ein Problem. Wer über ein ausreichendes Einkommen zur Bedienung eines Wohnungskredits verfügt, diesen aber wegen fehlenden Eigenkapitals von den Banken nicht erhält, soll eine öffentliche Bürgschaft für die Finanzierung erhalten.

Die AfD fordert die Senkung der Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb von eigengenutztem Wohneigentum von 5,5% auf 1,0%. Wohnen muss bezahlbar bleiben!

Im Zuge der Alterung der Bevölkerung brauchen wir mehr barrierefreie, altersgerechte und betreute Wohnangebote für Senioren.

Enormer Nachholbedarf besteht bei der Sanierung und dem Ausbau kommunaler Straßen, Fußwege, Radwege, schnellem Internet und mobilem Telekommunikationsnetz.

Einheimische und Touristen verlangen ein ausreichendes Parkplatzangebot, vor allem in Bahnhofsnähe. Kostenfreie Kurzzeitparkzonen sollten in Stadtzentren zur Verfügung stehen, um den lokalen Einzelhandel zu stärken.

Der Schutz und die Pflege bestehender Denkmäler müssen gesichert sein. Seit Jahrhunderten prägen große Persönlichkeiten sowie weithin bekannte Traditionen und Sagen unsere Region. Entsprechend unserem Anliegen, Geschichte zu bewahren und sichtbar zu machen, wollen wir den Bau weiterer Denkmäler in unserem Landkreis fördern.

Durch Kunst im öffentlichen Raum können traditionelle und neue Akzente gesetzt werden mit dem Ziel, die Attraktivität unserer Orte für Bewohner und Besucher zu erhöhen.

III. ORDNUNG UND SICHERHEIT - SICHERE GRENZEN - SICHERE HEIMAT

Das friedliche Miteinander aller Bürger ist uns wichtig. Keine falschen Rücksichten auf Menschen, die unsere Kultur ablehnen oder sich aus politisch-ideologischen Gründen aggressiv gegen die Verhaltensregeln unserer Gesellschaft stellen.

Infolge der offenen Grenzen verändern sich immer mehr deutsche Groß- und Kleinstädte. In unserem Landkreis wollen wir keine Straßenzüge, in denen man sich als Deutscher fremd fühlt. Wir wollen keine Dominanz der Drogen- oder Gewaltkriminalität in unseren Stadt- und Dorfkernen.

Die **Massenmigration** hat in allen Teilen des Landes das sozial verträgliche Maß überschritten. Der Landkreis Bautzen muss sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen weitere außereuropäische Zuwanderung in unsere Region wehren. Wir fordern einen Aufnahmestopp für den Landkreis Bautzen.

Bei der **Unterbringung von Asylbewerbern** im Landkreis Bautzen dürfen keine Anreize für einen Verbleib gesetzt werden. Eine dezentrale Unterbringung in Wohngebieten lehnen wir ab.

Unterkünfte müssen funktional und sicher sein, auf jeglichen steuerfinanzierten Luxus ist zu verzichten. Der Landkreis soll seine Pflichten mittels Sachleistungen erfüllen und auf Geldauszahlungen verzichten.

Für ideologisch oder religiös motivierte Kriminalität und Vandalismus muss hoher polizeilicher Ermittlungsdruck bestehen. Polizei und Kommunalverwaltung sollten diesen Kriminalitätsbereich in einer besonderen Partnerschaft angehen. Besonders Frauen und Mädchen bedürfen eines umfassenden Schutzes. Ausländische Straftäter müssen der Städte und Gemeinden dauerhaft verwiesen werden.

Die AfD setzt sich für die konsequente Abschiebung von Ausreisepflichtigen im Landkreis Bautzen ein.

IV. HAUSHALT UND FINANZEN - SELBSTVERWALTUNG UND EIGENVERANTWORTUNG STÄRKEN

Bund und Länder bezeichnen die kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik gern als die Herzkammern der Gesellschaft. Doch die vom CDU-geführten Freistaat Sachsen verursachte Verschuldung unseres Landkreises Bautzen und der Kommunen ist eine Bankrotterklärung der aktuellen Haushalts- und Finanzpolitik von Bund und Land gegenüber Einwohnern und zukünftigen Generationen.

Die AfD fordert daher, die Gemeinden und den Landkreis Bautzen von Bürokratie und unnötigen Aufgaben zu entlasten. **Kommunale Selbstverwaltung steht an erster Stelle, dafür bedarf es einer klaren Aufgabenkritik hin zum „schlanken Staat“.**

Die AfD setzt sich dafür ein, dass im Landkreis Bautzen und den Gemeinden nur so viel Geld ausgegeben wird, wie man einnimmt. Reicht das nicht, ist die Verteilung der vorhandenen Gelder zwischen Freistaat Sachsen und Kommunen neu zu ordnen – auf Augenhöhe. **Zur Wiedererlangung finanzieller Handlungsspielräume sind deshalb höhere Grundzuweisungen an die Gemeinden unerlässlich. Keine Neuverschuldung, die kommunalen Gestaltungsspielraum verhindert!**

Die Verwaltung soll dem Bürger dienen und nicht umgekehrt. Vorhandene finanzielle Mittel sind sparsam und primär für die notwendigen Bereiche der Daseinsvorsorge bereitzustellen: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sicherheit und Infrastruktur.

Wir stehen für ausgeglichene kommunale Haushalte und wollen für den Landkreis und seine Gemeinden ausgeglichene Ergebnishaushalte und Schuldenabbau. Zur Erzielung der notwendigen Einsparungen sehen wir folgende Ansatzpunkte:

Reduzierung der Verwaltungsstrukturen und -prozesse auf ein notwendiges Maß und Überprüfung sämtlicher Haushaltspositionen auf Einsparpotentiale.

Im Zuge der Grundsteuerreform ist sicherzustellen, dass den Bürgern keine Mehrbelastung auferlegt wird.

Videoübertragung der Kreistagssitzungen

Der Bürger erwartet von seinen politischen Vertretern Transparenz. Daher fordert die AfD eine öffentliche Videoübertragung aller Kreistagssitzungen, wie es bereits in vielen sächsischen Städten und Landkreisen üblich ist. Insbesondere muss das Abstimmungsverhalten der Kreisräte öffentlich festgehalten werden.

V. WIRTSCHAFT UND STRUKTURWANDEL - FÜR MITTELSTAND UND HANDWERK

Die AfD steht für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik: Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, Berufsfreiheit und eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung sind elementare Bestandteile einer freiheitlichen und prosperierenden bürgerlichen Gesellschaft. Diese wollen wir erhalten und Fehlentwicklungen korrigieren.

In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen zur Mehrung des Wohlstandes verschlechtert. Politisch initiierte Umbrüche, wie die „Klimaretung“, fordern enorm hohe Investitionen und Umstrukturierungen und treffen viele Branchen brachial. So wird der Kern der deutschen Wirtschaft geschwächt.

Gleichzeitig liegt Deutschland gemäß einer Studie der Europäischen Zentralbank bei diversen Wohlstandsindikatoren im europäischen Vergleich auf den hinteren Plätzen.

Die Agrarförderung muss die Leistungen kleinerer und mittlerer Familienbetriebe berücksichtigen und die Hofnachfolge vereinfachen. Die Landwirtschaft ist zu entbürokratisieren, um die Bauern zu entlasten. Weder deutsche noch EU-Behörden sollen sich in deren Wirtschaftsweise einmischen, etwa bei der Wahl der Fruchtfolge.

Um unsere vielfältigen Agrarstrukturen zu erhalten, wollen wir Junglandwirte, die ihre Agrarflächen selbst bewirtschaften, besserstellen. Landwirtschaftliche Existenzgründer wollen wir von der Grunderwerbsteuer befreien.

Wir möchten eine gerechte Mittelverteilung in Landkreisen, Städten sowie Kommunen und setzen nicht ausschließlich auf den sogenannten „Strukturwandel“.

Neben der gerechtfertigten Rückführung deutscher Steuerzahlergelder in unsere Region, ist uns auch im Hinblick auf die Energiesicherheit der Tagebau wichtig. Die Regulierung des Grundwasserspiegels und der Erhalt regionaler Arbeitsplätze sind sehr wohl mit der Strukturförderung in unserem Landkreis vereinbar.

Zudem fordern wir die Elektrifizierung der Bahnstrecken Dresden-Bautzen-Görlitz und Dresden-Bischofswerda-Zittau sowie den Ausbau der Autobahn A4.

VI. KULTUR UND VEREINE - TRADITIONEN ERHALTEN

Bürokratische Hindernisse und die stetige Inflation sind Folgen der Politik auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene. Der Landkreis muss hier dennoch sein Bestes tun, um den Fortbestand der vielen traditionsreichen Vereine mit lokaler Verwurzelung zu sichern. Damit unsere Region attraktiv bleibt, braucht es Freizeitangebote für Jung und Alt.

Kein Steuergeld für linke Strukturen!

Vereine sind ein wesentlicher Bestandteil unseres gemeinschaftlichen Lebens. Diese Vielfalt gilt es zu bewahren und zu fördern. Wir wollen steuerfinanzierten Vereinen mit politischer Mission alle Fördermittel streichen. Kein Bürger soll dafür bezahlen, von politischen Aktivisten über seine Haltung zu Migrant*innen, dem Klimawandel oder der Regenbogen-Ideologie belehrt zu werden.

Jugend-Nacht-Bus

Wir setzen uns für einen Nacht-Bus ein, der jeden Freitag- und Samstagabend mit variabler Route Veranstaltungsorte mit umliegenden Dörfern und den größeren Städten des Landkreises verbindet.

Freiwillige Feuerwehren

Neben Schützen und Retten, ihren eigentlichen Aufgaben, sorgen Freiwillige Feuerwehren auch für Gemeinschaftssinn und Traditionserhalt. Die Mitwirkung an kommunalen Festveranstaltungen wird und soll auch weiterhin gern gesehener Bestandteil bleiben. Die finanzielle Unterstützung bei Neuananschaffungen, Werbung des Nachwuchses sowie praktischen Weiter- und Ausbildungsangeboten ist für uns selbstverständlich.

Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Daher muss dieses wertgeschätzt, gestärkt und gefördert werden.

Mit der Ehrenamtskarte erhalten ehrenamtlich tätige Bürger bereits Vergünstigungen bei diversen Freizeit- und Kultureinrichtungen. Der Landkreis Bautzen soll sich am Ausbau dieses Angebotes beteiligen.

Einrichtungen, Anlagen, Denkmäler

Theater, Museen, Bibliotheken, musikalische Bildungseinrichtungen, Sport- und Freizeitanlagen, architektonische Kulturgüter, Brauchtumseinrichtungen liegen uns am Herzen. Wir möchten diese gemeinsam mit den Bürgern vor Ort bewahren, wiederbeleben und entwickeln. Politische Botschaften vor und an öffentlichen Gebäuden, speziell durch Beflagging, lehnen wir ab.

Denkmäler schützen und errichten

Seit Jahrhunderten prägen unsere Region große Persönlichkeiten sowie weithin bekannte Traditionen und Sagen. Es ist unser Auftrag, unsere Geschichte zu bewahren und an Bewohner und Besucher weiterzugeben.

Der Schutz und die Pflege bestehender Denkmäler müssen gesichert sein. Wir stehen außerdem für den Bau weiterer Denkmäler in unserem Landkreis. Durch Kunst im öffentlichen Raum können neue und traditionelle Akzente gesetzt werden. Sie sollen die Attraktivität unserer Städte und Gemeinden erhöhen.

Sorbische Kultur erhalten

Seit Jahrhunderten ist die sorbische Kultur in unserem Landkreis fest verankert. Sorbische Traditionen, wie das Osterreiten und die Vogelhochzeit, prägen unsere Gesellschaft und sind ein wichtiger Teil unserer Identität.

Wir setzen uns für den Erhalt und die Förderung der Sorbischen Kultur, Sprache und Brauchtumpflege ein.

Zasadźujemy so za zachowanje a spěchowanje serbskeje kultury, rěče a nałožkow.

VII. GESUNDHEITSPOLITIK - MEDIZINISCHE VERSORGUNG SICHERSTELLEN

Die umfassende und zeitnahe medizinische Versorgung zählt zu den Grunderwartungen der Bürger in Deutschland. Deren Gewährleistung wird durch Investitionsstaus, überbordende Bürokratie und ein unzulängliches Abrechnungssystem gefährdet. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Beteiligten wieder umfänglich ihren originären Aufgaben bei der Pflege und Behandlung der Patienten widmen können. Im Mittelpunkt müssen die Bedürfnisse der Patienten stehen – nicht die Interessen großer Pharmakonzerne.

Ambulante Versorgung

Das System der ambulanten Versorgung ist derzeit sowohl für die Leistungserbringer als auch für die Patienten unbefriedigend. Die AfD hält die Aufhebung der Budgetierung von Arztpraxen als Maßnahme gegen Versorgungsengpässe für unerlässlich. Im Kreis Bautzen geht in den nächsten Jahren ein erheblicher Teil der niedergelassenen Ärzte regulär in den Ruhestand. Die Motivation zum Führen einer eigenen Praxis sowie einer längeren Berufsausübung über die übliche Altersgrenze hinaus, ist unter den bestehenden Restriktionen gering. Nur eine leistungsgerechte Bezahlung der Mediziner sichert eine bedarfsorientierte Betreuung der Patienten.

Förderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Der flächendeckenden medizinischen Versorgung kommt eine erhebliche Bedeutung zu.

Folgende Maßnahmen eignen sich für die Förderung der Niederlassung in ländlichen Räumen:

Finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen. Dazu gehört insbesondere die Bereitstellung vergünstigter Praxisräume, die das unternehmerische Risiko auf dem Lande verringern.

Beendigung der Deckelung im Abrechnungssystem.

Abbau der Hürden bei der Anstellung von ärztlichem Personal in Arztpraxen.

Kontingente an Medizin-Studienplätzen für Bewerber, die sich für einen gewissen Zeitraum zu einer Berufstätigkeit in strukturschwachen Räumen verpflichten.

Krankenhäuser und geburtshilfliche Versorgung

Die Krankenhäuser müssen als kritische Infrastruktur überwiegend in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand verbleiben. Die zunehmende Privatisierung von Akutkrankenhäusern in Deutschland sehen wir sehr kritisch. Obwohl wir die Trägervielfalt befürworten, lehnen wir eine weitgehend privatisierte Krankenhauslandschaft ab. Eine leistungsfähige Krankenhausinfrastruktur soll in erster Linie Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben und darf nicht zum Spielball erwerbswirtschaftlich orientierter Konzerne werden.

Die Bedarfsfeststellung für die stationäre Versorgung, gerade im ländlichen Raum, muss sich nach dem objektiven Bedarf ausrichten und nicht, wie es aktuell zunehmend stattfindet, nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung. In den vergangenen Jahren waren insbesondere Stationen der Geburtshilfe und der stationären medizinischen Versorgung von Kindern von Schließungen betroffen, also Einrichtungen, welche unerlässlich für die Versorgung im ländlichen Raum sind.

Die Rolle der Hebamme „rund um die Geburt“ wird nicht angemessen berücksichtigt. Deshalb halten wir einen Gründungszuschuss und eine finanzielle Unterstützung für die Berufshaftpflichtversicherung der Hebammen für sinnvoll.

Auch die Herausforderungen des demographischen Wandels sind zu bewältigen. Deshalb muss der Erhalt von Krankenhausstandorten im ländlichen Raum in zumutbarer örtlicher Nähe zum Patienten sichergestellt werden.

Qualifiziertes Personal nach deutschen Standards

Medizinisches Personal muss über gute deutsche Sprachkenntnisse verfügen und seine fachliche Qualifikation muss uneingeschränkt dem deutschen Standard entsprechen. Bei Ärzten, Therapeuten, Apothekern oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, kann weder eine Vertrauensbasis entstehen, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf ausgeschlossen werden.

Dem Mangel an Ärzten muss vorwiegend durch eine Vergrößerung der Studienplatzkapazitäten begegnet werden, zumal in Deutschland kein Mangel an qualifizierten Studienplatzbewerbern besteht.

Ambulante und stationäre Pflege

Die Stagnation in der Verfügbarkeit von Pflegekräften führt zur Mehr- und Überbelastung der pflegerischen Mitarbeiter. Durch die Ausgabendecke-

lung der Kranken- und Pflegekassen wird eine leistungsgerechte Entlohnung der Pflege erschwert.

Wir fordern daher eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte über einen Flächentarifvertrag, der sich an der Struktur des öffentlichen Dienstes orientiert. Er umfasst auch steuerfreie Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge. Gesetzlich festgelegte Personaluntergrenzen müssen auch für Pflegeeinrichtungen gelten.

Aus der Coronakrise lernen - Keine allgemeine Impfpflicht

Den während der Corona-Krise massiven, staatlich erzeugten Impfdruck, lehnt die AfD ab. Es darf nicht sein, dass Impf-Entscheidungen von der ärztlichen auf die politische Ebene verlagert und damit die unerlässliche persönliche Risikoabwägung außer Acht gelassen wird.

Nie wieder dürfen unter dem Deckmantel der „Gesundheitsfürsorge“ schwerwiegende Eingriffe in die persönliche Freiheit der Bürger stattfinden. Der Landkreis Bautzen muss in Fällen staatlichen Machtmissbrauchs alle Ermessensspielräume nutzen, um Bürger zu schützen.

Wir fordern, dass die während der Corona-Pandemie erhobenen Bußgelder zurückgezahlt werden.

VIII. NATUR- UND UMWELTSCHUTZ - HEIMAT BEWAHREN

Umweltschutz statt Klimaschutz - Wir wollen unsere Heimat bewahren, statt unsere Landschaften, Felder und Wälder für das abstrakte Ziel der „Klimarettung“ zu opfern.

Die AfD steht für Natur- und Heimatschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes Handlungskonzept einbezieht. Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Natur die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Schwerpunkte unserer Umweltpolitik sind deshalb u.a. den Landschaftsverbrauch zu vermindern, die Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu.

Unkontrollierter Ausbau der Wind- und Sonnenenergie

Zum Schutz der Landschaft lehnen wir den weiteren Ausbau der Windenergie und Photovoltaik ab. Windenergieanlagen und Photovoltaik sind nur an Standorten zuzulassen, an denen keine erheblichen Beeinträchtigungen für Mensch und Natur zu erwarten sind. Bei Standortentscheidungen sind die Bürger vor Ort maßgeblich einzubeziehen.

Wolf

Vor dem Hintergrund der rasant wachsenden Anzahl von Wolfsangriffen auf Weidetiere sowie der zunehmenden Tendenz der Herausbildung unnatürlicher Verhaltensweisen des Wolfes ist es unbedingt notwendig, Regulierungsmaßnahmen zu ergreifen, um die weitere Verbreitung des Wolfes in unserer Region zu begrenzen.

Tier- und Naturschutz

Tiere haben ein Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie kommerziellen Bereich. Die ehrenamtliche Tätigkeit in Tierheimen sollte attraktiver gestaltet werden und an weniger Vorschriften gebunden sein.

Das Engagement der Kleingärtner und Kleintierzüchter ist unverzichtbar. Sie erhalten unsere alten Kultursorten und Haustierrassen und erzeugen obendrein gesunde Lebensmittel.

Die Erhaltung und Pflege unserer verbliebenen Kulturlandschaften sowie die Instandhaltung und Markierung der Wanderwege dient wertvollen Erholungs- und Erlebnismöglichkeiten. Der Arbeit privater Initiativen sowie von Naturschutz- und Wandervereinen in diesen Bereichen sichert die AfD ihre volle Unterstützung zu.

Teich- und Waldwirtschaft

Die Teichwirtschaft im Landkreis Bautzen hat eine Jahrhunderte alte Tradition. Teichwirtschaften sind besonders wichtige Bausteine des Arten- und Biotopschutzes. Unsere Fischer sind beim Beseitigen von Wettbewerbsnachteilen zu unterstützen. Heimische Fischereiprodukte müssen überregional vermarktet werden können. Die Auflagen sind zu entbürokratisieren.

Die AfD setzt sich für eine naturgemäße Waldwirtschaft ein, die eine ganzheitliche Betrachtung des Waldes in seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktion zum Ziel hat. Wir bekennen uns zu den bewährten Grundsätzen der waidgerechten Hege und Jagd und sehen Jäger als Naturschützer, deren Fachkenntnisse berücksichtigt werden müssen. Damit unser heimischer Wald erhalten bleibt, ist es unumgänglich, bereits abgeholzte Gebiete wieder aufzuforsten.

Hochwasser- und Überflutungsschutz in den Städten und Gemeinden muss mehr Bedeutung beigemessen und finanziell unterstützt werden. Fortbildungsangebote im Hochwasserschutz für Bürger und die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr sollten kostenfrei angeboten werden.



Dieses Programm des AfD Kreisverbandes Bautzen zur Kommunalwahl am 9. Juni 2024, wurde auf dem Kreisparteitag am 27.01.2024 in Göda einstimmig durch die Mitgliedschaft beschlossen.

DER BERG AN PROBLEMEN IST RIESIG!



Ob hohe Energiekosten durch eine falsche Politik, gefolgt von drastisch zunehmenden Lebenshaltungskosten der Bürger, sowie Insolvenzen und Abwanderungen von Firmen, die ungehinderte Massenmigration mit einer unverhältnismäßigen „Rundumversorgung“ der Migranten, drastisch erhöhte Kriminalitätszahlen als Zeichen der öffentlichen Unsicherheit, Genderwahn, Frühsexualisierung und ideologische Indoktrination an Schule oder Engpässe in der medizinischen Versorgung:

Als Bürger des Landkreises Bautzen sind wir nicht machtlos. Vertreter der für die Probleme verantwortlichen Altparteien sitzen in den Gremien von Landkreis, Städten und Gemeinden. Die Abschaffung Deutschlands findet auch auf kommunaler Ebene statt. Dem wollen wir uns entgegenstellen.

Ob zukünftig ein Windrad vor Ihrem Haus steht, Kinder in der Schule zum Gendern aufgefordert werden oder ein großes Asylheim in Ihrem Ort steht, liegt in Ihrer Hand.

Nutzen Sie Ihre Stimmen bei der Kommunalwahl und gestalten Sie die Zukunft mit uns.

Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Altparteien?

Dann unterstützen Sie uns!

Werden Sie Mitglied, Förderer oder Spender!

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine Spendenquittung angeben.

SPENDENKONTO: Alternative für Deutschland KV Bautzen

IBAN: DE16 8505 0300 0225 7855 52

Ostsächsische Sparkasse Dresden

Folgen Sie uns auch bei:



www.afd-bautzen.de

